

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)

Veräußerung der bremischen Anteile an der Gewoba

Die staatliche Aufgabe, Wohnungsnot zu lindern, besteht 60 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs nicht mehr. Heute gibt es ein Überangebot an Wohnungen auf dem Mietmarkt. Es gehört somit nicht mehr zu den sozialen Kernaufgaben des Staates, eine Wohnungsbaugesellschaft zu besitzen und damit in Konkurrenz zu privaten Anbietern zu treten.

Auch die aktuelle Geschäftspolitik der Gewoba liefert keine Anhaltspunkte für einen weiteren Verbleib in staatlichen Händen – das zeigen die aktuellen Studien zum Mietpreisniveau vor dem Hintergrund der Hartz-IV-Problematik. Die Mietpreise privater Wohnungsanbieter liegen oftmals unter dem Mietpreisniveau der Gewoba.

Die häufig geäußerte Befürchtung, potentielle Investoren würden nach einem Erwerb der staatlichen Anteile eine Geschäftspolitik praktizieren, bei der die heutigen Mieter Nachteile im Vergleich zum weiteren Verbleib der Anteile in staatlicher Hand zu erwarten hätten, verliert angesichts des bereits heute zu hohen Mietniveaus und der vom Senat angedachten Einsparungen bei den Instandsetzungen an Überzeugungskraft.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für die vollständige Veräußerung der in bremischen Besitz befindlichen Anteile an der Gewoba aus.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. Dezember 2005 ein Konzept für die Veräußerung der von Bremen über seine Gesellschaften HAWOBEG und BIG gehaltenen 74,27 % der Gewoba-Anteile an private Investoren vorzulegen,
- der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. Dezember 2005 ein Konzept für die Abfinanzierung der durch die Überführung der Anteile von der Freien Hansestadt Bremen an HAWOBEG und BIG bei den beiden Gesellschaften entstandenen finanziellen Verpflichtungen vorzulegen,
- die Erlöse der Veräußerung der Gewoba-Anteile vollständig der Schuldentilgung der öffentlichen Haushalte zuzuführen.

Willy Wedler (FDP)